



ERSTE ZUKUNFTSTAGE DER CDU

Eine neue Zeit braucht Wissen und Gewissen

„Den Blick in die Zukunft wagen, die Herausforderungen annehmen und Lösungen formulieren.“ Das war das erklärte Ziel der „Ersten Zukunftstage“ der CDU. Auf zwei Großveranstaltungen diskutierte die CDU in Berlin

die Themen, die in Zukunft die Menschen bewegen werden.

Den Auftakt bildete am 7. Juni der „Kleine Parteitag“ zum Thema „Zuwanderung“. In einer stillgelegten Fabrikhalle der deutschen

Fortsetzung auf Seite 2

INHALT

ZUKUNFTSTAGE TEIL I:

Konzept „Zuwanderung steuern und begrenzen. Integration fördern“ vom Bundesausschuss einstimmig beschlossen

SEITE 4 – 17

DOKUMENTATION:

„Ich trete ein für eine moderne Politik der Mitte“. Grundsatzartikel der CDU-Vorsitzenden Dr. Angela Merkel

INNENTEIL

■ Angela Merkel: CDU scheut keine Neuwahlen in Berlin (Seite 3)
 ■ Zukunftstage Teil I: Kleiner Parteitag zum Thema „Zuwanderung und Integration“ (Seite 4–16)
 ■ Angela Merkel: In der Gentechnikdebatte brauchen wir feste Maßstäbe (Seite 18–20)
 ■ Parteipräsidium trifft Bischofskonferenz: CDU ist und bleibt die christliche Partei (Seite 21)
 ■ CDU-Bürgerpreis: Bewerbungsfrist läuft ab (Seite 21)
 ■ CDA-Bundestagung: Erst der Mensch, dann der Markt (Seite 22–23)
 ■ Änderung des Wahlrechts zum Bundestag (Seite 26–27)
 ■ Resolution der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden: SPD verrät Staatsinteresse aus parteipolitischen Kalkül (Seite 28)
 ■ Kommunalwahlen: CDU erfolgreich (Seite 29)

Fortsetzung von Seite 1
 Traditionsfirma AEG in Berlin-Köpenick wurde das Konzept „Zuwanderung steuern und begrenzen

Integration fördern“ von den Delegierten einstimmig beschlossen. Die CDU bietet mit diesem Papier als erste Partei in Deutschland den Bürgerinnen und Bürgern ein Gesamtkonzept zu diesem Thema an.

Zukunftskonferenz

Zum Ausklang des ersten Tages lud die CDU ins Konrad-Adenauer-Haus zum „Fest der Kulturen“. In Gegenwart ausländischer Botschafter erholten sich die Delegierten vom arbeitsreichen Parteitag und stimmten sich bei indischen Tänzen, finnischem Tango und brasilianischer Samba auf die Zukunftskonferenz ein. Am darauffolgenden Freitag folgten 1300 Gäste der Einladung in das seiner Zeit längste Gebäude Europas, in einen Flughafenhanger des Flughafens Tempelhof. In drei Gesprächsrunden skiz-

zierten zuerst Nachwuchspolitiker der CDU, moderiert von dem bekannten Fernseh-Moderator Johannes B. Kerner, die Herausforderungen der Zukunft aus ihrer Sicht und boten Lösungen an. Im Anschluss an die Eingangsstatements folgte jeweils eine Gesprächsrunde mit Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Kirche. In belebter Atmosphäre wurde Zukunftsthemen wie zum Beispiel die Vereinbarkeit von Wissenschaft und Ethik kontrovers diskutiert.

Die Diskussionen in den Gesprächsrunden und die Resonanz im zahlreichen Publikum haben gezeigt, dass die CDU mit den Zukunftstagen einen richtigen Weg beschritten hat und dem Anspruch, „Deutschland weiterzudenken und das Land voranzubringen“ ein weiteres Stück gerechter geworden ist.

(Einen ausführlichen Bericht über die Zukunftskonferenz finden Sie in der nächsten Ausgabe des UID.)

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Wie kann Politik für junge Leute transparenter und interessanter werden?

*Dr. Norbert Röttgen MdB
im Gespräch mit Lars
Kasischke (RCDS-
Bundesvorsitzender)*



„Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Diese Thema stand im Mittelpunkt des Forums „Lebenswelten“ mit Gisela Erler (Firma Familienservices), Thomas Saile (Personalchef Rösch GmbH), Gert Wagner (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) und Karlheinz Geißler (Bundeswehr-Universität München).



*Generalsekretär
Laurenz Meyer
erläutert Johannes
B. Kerner die
Internetstrategie
der CDU für
den nächsten
Bundestags-
wahlkampf*

Die Menschen haben ein Recht auf **Antworten**



sie unterschiedliche Standpunkte in einem Konzept erfolgreich integrieren kann. Die CDU hat bewiesen, dass sie als Volkspartei über eine funktionierende Streitkultur verfügt, die es ermöglicht, Mehrheiten in der Bevölkerung für sich zu gewinnen.

ANGELA MERKEL:

Zum Auftakt der CDU-Zukunftstage trafen sich am 7. Juni über 100 Delegierte zum Bundesausschuss („Kleiner Parteitag“) in Berlin-Köpenick, um das CDU-Konzept zum Thema „Zuwanderung und Integration“ zu diskutieren.

Das Papier, das unter dem Vorsitz des saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller erarbeitet und bereits zuvor unter reger Beteiligung der Parteibasis auf sechs Regionalkonferenzen beraten wurde, wurde nach einer spannenden Diskussion von den Parteitagsdelegierten einstimmig beschlossen. Mit dem Beschluss „Zuwanderung steuern und begrenzen. Integra-

tion fördern.“ stellt die CDU als erste aller deutschen Parteien ein umfassendes Gesamtkonzept zu diesem Themenkomplex vor. In dem Papier werden die vielfältigen, zum Teil sehr unterschiedlichen Zuwanderungstatbestände behandelt. Den Bürgerinnen und Bürgern werden differenzierte Antworten auf die vielen, sie bewegenden Fragen angeboten.

Die Parteivorsitzende Angela Merkel, der Kommissionsvorsitzende Peter Müller und der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Merz stimmen darin überein, dass die CDU bei der Bewältigung dieses komplexen und bisweilen emotionalen Themas demonstriert hat, dass

Politik ist zum Nutzen der Menschen

Herr Tagungspräsident!
Liebe Delegierte! Liebe Gäste dieses kleinen Parteitages! Ich freue mich, Sie alle heute hier in Berlin begrüßen zu können, Sie, die Delegierten, Sie, die Gäste, aber auch die Pressevertreter.

So ein kleiner Parteitag bringt es mit sich, dass auf die etwas mehr als 100 Delegierten wahrscheinlich fast doppelt so viele Vertreter der Presse kommen. Ich habe mich gefragt, ob das ausschließlich mit unserem – zugegebenermaßen außerordentlich guten – Antrag über Zuwanderung und Integration zu tun hat. Vielleicht

liegt es ja auch an etwas anderem: Vielleicht hat das Interesse ja auch mit Personalvorschlägen, mit Personaldiskussionen um Kernmannschaften u. ä. zu tun, die in den letzten zwei bis drei Wochen in den Medien und in manchen Interviews immer wieder eine Rolle gespielt haben.

Natürlich ist auch mir klar, dass Programmatik und inhaltliche Weiterentwicklung, wie wir sie heute betreiben, niemals von Personen, von Köpfen getrennt werden können. Doch ebenso klar ist: In der Politik kommt es hinsichtlich Programmatik, Strategien und Personen insgesamt immer auf Klugheit, auf Weitsicht, auf Standfestigkeit, auf Disziplin und nicht zuletzt auf den richtigen Zeitpunkt an.

Liebe Freunde, ich bin mit Edmund Stoiber darin einig, dass jeder Vorsitzende einer Partei, sei es der CDU, sei es der CSU, Verantwortung dafür trägt, dass genau diese Klugheit, diese Weitsicht, diese Standfestigkeit und diese Disziplin sowie das Gefühl für den richtigen Zeitpunkt als Einheit erkannt, gesehen und dann auch durchgesetzt werden. (...)

Deshalb sage ich: Niemand, wirklich niemand hätte etwas davon, wenn CDU und CSU in einen

Wettstreit eintreten würden, wer von beiden denn nun mehr oder weniger, früher oder später, besser oder schlechter den Anspruch auf eine Kanzlerkandidatur erheben kann. Wenn wir uns auf eine solche Diskussion einließen, machten wir – davon bin ich zutiefst überzeugt – einen entscheidenden Fehler. Wir täten den zweiten Schritt vor dem ersten und wüssten genau, dass niemand an diesem Fehler mehr Interesse hätte als die Sozialdemokraten und die rot-grüne Koalition. Deshalb, liebe Freunde, werden wir diesen Fehler nicht machen. (...)

Die Personalfrage, die Kanzlerkandidatenfrage, ist sicherlich eine wichtige Frage, aber sie ist nur eine von fünf wichtigen Fragen, die wir bis zur Wahl 2002 klären müssen: ■ Wir müssen uns als Erstes fragen: Wie ist die wirtschaftliche und die politische Ausgangslage? Wie ist sie zu bewerten, und vor allen Dingen, wie gelingt es uns, den Menschen zu sagen, wie wir sie anhand der konkreten Fakten einschätzen? ■ Wir müssen zweitens klarmachen, dass wir mit dem Konrad-Adenauer-Haus eine schlagkräftige Truppe zur Organisation des Wahlkampfes haben. ■ Aller-

dings werden wir auf dem Weg zur Wahl 2002 drittens immer mit der Erkenntnis leben müssen, dass wir die schlechtere finanzielle Ausstattung haben. Wir werden die Sozialdemokraten in dieser Hinsicht aus vielen Gründen nicht toppen können. ■ Weil das so ist, wird es viertens darauf ankommen, dass wir die Zielgruppen, die Gruppen, die wir überzeugen können und überzeugen wollen, entschlossen und vernünftig ansprechen. ■ Fünftens, liebe Freunde, geht es – das ist mir ganz wichtig – um die politische Botschaft. Was wollen wir den Menschen 2002 sagen, wenn wir sie überzeugen wollen, CDU und CSU zu wählen?

Liebe Freunde, die Ausgangslage wird doch die folgende sein. Die Menschen stehen in der Wahlkabine und fragen sich: Was ist gut für mich, für mein Leben? Wer und welche Partei bietet für mich die besseren Chancen im Blick darauf, wie ich mir vorstelle, mein Leben gestalten zu können? Wem traue ich zu, dass er Deutschland auf einen guten Weg führt?

Wir haben gelernt

Genau deshalb glaube ich, dass der Weg richtig ist,

den wir gemeinsam beschritten haben, indem wir die Konsequenzen aus der Niederlage von 1998 gezogen und gesagt haben: Ja-wohl, wir haben aus unseren Fehlern gelernt; wir haben nicht auf jede Frage die zufrieden stellende Antwort gehabt, aber wir werden sie suchen, und zwar suchen unter dem Motto, mitten im Leben bei den Menschen stehen zu wollen. Damit zeigen wir, dass wir ganz unerschütterlich und ganz eigen-sinnig unseren Weg gehen.

Wir wissen – Friedrich Merz als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion weiß das genauso wie ich als Vorsitzende der CDU: Opposition besteht vor allem darin, Wächter und Kritiker der regierenden Parteien zu sein. Liebe Freunde, wir haben diese Aufgabe wahrgenommen, und wir werden sie in Zukunft genauso wahrnehmen, wie es sich gehört. Schröder braucht diese Kritik, Schröder braucht diese Überwachung, Schröder braucht eine starke Opposition.

Friedrich Merz und ich sind uns aber auch darüber einig: Opposition bedeutet ebenso, jederzeit wieder die Regierung übernehmen zu können. Das verlangt eben mehr, als nur Nein zu sagen. Es verlangt, dass wir inhaltli-

che Antworten haben, dass wir Alternativen aufzeigen können, mit denen wir vor die Menschen treten und ihnen sagen können: So stellt sich die CDU die Antwort vor.

Wenn wir das tun wollen, müssen wir uns immer überlegen: In welchem Umfeld arbeiten wir? Eberhard Diepgen und die Berliner Situation machen es uns heute, an diesem Tage, noch einmal in besonderer Weise deutlich: Die Sozialdemokraten und die Grünen haben seit 1998/99 und ganz besonders auch in diesem Jahr nichts unversucht gelassen, die CDU als großen politischen Machtfaktor in diesem Lande auszuschalten. (...)

Berlin

Lieber Eberhard Diepgen, genau aus diesem Grunde erleben wir, was sich hier in Berlin abspielt. Wer gestern gesehen hat, wie Herr Strieder zum letzten Koalitionsgespräch gegangen ist, der hat gewusst: Die Sozialdemokraten wollen keine Fortführung der Koalition. Man hat es gesehen, und – Sie haben es gesagt – man hat es seit Monaten gespürt: Die Sozialdemokraten wollen die Mehrheitsverhältnisse in dieser Stadt ändern.

Die CDU war immer dann am besten, wenn sie in schwierigen Situationen furchtlos die Aufgaben und die Probleme angegangen ist, die vor uns lagen. Deshalb, lieber Eberhard Diepgen, versichere ich Ihnen: Wir werden als Bundespartei und, wie ich denke, mit allen Landesverbänden für die Partei in dieser Bundeshauptstadt das tun, was notwendig ist. Wir tun alles, um rot-rote Bündnisse in der Stadt des Mauerbaus zu verhindern, zu vermeiden, und wir werden mit den Menschen darum kämpfen.

Wir werden zeigen: Wir sind keine Schönwettertruppe. Wir werden zeigen: Wir halten auch im Sturm zusammen. Ich bin ganz sicher, das wird die Menschen auch in Berlin überzeugen. Deshalb stehen sicherlich spannende und schwierige Monate vor uns, aber sie sind eine wichtige Etappe auf dem Weg zur Bundestagswahl 2002. Berlin kann sich auf die Bundes-CDU verlassen! (...)

Sicherlich braucht jede politische Entscheidung ein Stück Pragmatismus, aber, liebe Freunde, Pragmatismus allein ist nichts. Pragmatismus braucht Richtung, Pragmatismus braucht Ziele, Pragmatismus braucht Prioritäten, und darum geht es uns als Union. Nur eine Poli-

tik, die dies schafft, die den täglichen Entscheidungen Richtung gibt, wird zukunftsfähig sein.

Das Spannende in dieser Zeit, in diesem Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft ist doch, dass wir spüren: Politik ist nicht allzuständig, Politik kann sicherlich nicht alles regeln, aber Politik hat den Auftrag, die Chance und die Möglichkeit, die Veränderungen so zu gestalten, dass sie zum Nutzen der Menschen sind. Genau darum geht es.

Eine solche Politik muss eine Doppelstrategie sein: Sie muss an den richtigen Stellen eingreifen, aber sie muss den Menschen auch Freiheiten eröffnen und sie an den richtigen Stellen loslassen. Das heißt, eine solche Politik muss Schwerpunkte setzen, Prioritäten setzen, Prioritäten benennen und auch den Mut haben zu sagen: Ja, darum kümmern wir uns vorrangig.

Nächste Generation

Liebe Freunde, meine erste Priorität ist die Priorität für die nächste Generation. Viele machen sich heute noch nicht klar, wie sich unsere Gesellschaft in zehn,

zwanzig, dreißig Jahren verändert. Wir freuen uns, dass wir mehr ältere Menschen sein werden. Aber genauso müssen wir uns überlegen, was das für die Jüngeren in unserer Gesellschaft bedeutet. Wie schaffen wir es, in einer alternden Gesellschaft die Innovationsfähigkeit, die Kraft zur Erneuerung aufrechtzuerhalten? Wie gehen wir mit der demographischen Herausforderung um? (...)

Deshalb haben wir gemeinsam mit der Bundestagsfraktion ein Familiengeld entwickelt. Dazu sagen nun viele: Meine Güte, 60 Milliarden Mark, das kann euch doch nur in der Opposition einfallen. – Liebe Freunde, deshalb ist es so wichtig, dass wir das, was wir uns überlegt haben, was wir mit guten Gründen ausgearbeitet haben, wo wir gesagt haben, hier setzen wir eine Priorität, dann auch argumentativ nach draußen vertreten. Wir müssen sagen: Jawohl, 60 Milliarden Mark sind viel Geld, und wir behaupten auch nicht, dass wir das an einem Tag schaffen, aber wir meinen, in acht bis zehn Jahren ist das machbar, wenn wir uns auf diese Aufgabe konzentrieren.

Wenn wir dann klar machen, dass wir an anderer Stelle, in der Wirtschaftspolitik, beim Zusammenlegen

von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, die Kommunen entlasten, dann wird dieses Konzept überzeugend sein. Es wird ein Gegenkonzept zu dem sein, was Schröder macht. Denn, liebe Freunde, eines ist doch klar: Immer auf die nächste Steuerschätzung warten, vielleicht das Kindergeld um 30 DM erhöhen, und am gleichen Tag, an dem das Kindergeld erhöht wird, erlebt man, dass die Ökosteuer zunimmt und dass damit alles wieder weg ist, was in die eine Tasche hineingegeben wurde, das erbittert die Familien in diesem Lande; sie haben dann nämlich nicht den Eindruck, dass die Politik für sie Prioritäten setzt. (...)

Selbstständigkeit fördern

Neben der für die nächste Generation ist meine zweite Priorität ganz klar: Wir müssen die Selbstständigkeit fördern. Liebe Freunde, unser wesentlicher und wichtiger Grundwert war immer das Bekenntnis zur Freiheit. Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die Geschichte der sozialen Marktwirtschaft ist eine Geschichte, die den Menschen etwas zugetraut hat. Sie ist eine Geschichte, die die

Menschen zur Selbständigkeit ermuntert hat. Sie ist eine Geschichte, die den Menschen geholfen hat, wenn sie in Not waren, und eine Politik, die aber immer nur dann geholfen hat, wenn sie Hilfe nötig hatten, und immer davon ausgegangen ist, dass die Menschen selbständig und in Verantwortung gegenüber dem anderen ihren Beitrag für diese Gesellschaft leisten wollen.

Deshalb ist es mir so wichtig, dass wir als CDU deutlich machen: Das 21. Jahrhundert wird ohne ein klares Bekenntnis zur Selbständigkeit auf allen Ebenen kein gutes Jahrhundert für die Menschen sein. (...)

Wir in Deutschland sind – und zwar nicht nur in diesem Jahr, sondern auch schon im letzten Jahr – die Letzten beim Wirtschaftswachstum in Europa. Das liegt nicht an den Menschen in Deutschland. Es liegt an einer Politik, die eben nicht die richtigen Antworten auf die Veränderungen des 21. Jahrhunderts findet. (...)

Meine Damen und Herren, der Bundeskanzler versucht jetzt, mit Tricksen und Täuschen, mit statistischen Veränderungen, wie sie im Sozialismus nicht schlimmer hätten stattfinden können, seine schon schwachen und schlappen Ziele zu errei-

chen, um uns sozusagen Sand in die Augen zu streuen. Das werden wir im Wahljahr 2002 nicht mitmachen! (...)

Liebe Freunde, das trübste Kapitel in der Geschichte der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sind die neuen Bundesländer. Der Bundeskanzler ist gekommen und

wirklich für den Aufbau Ost, für die neuen Bundesländer zu treffen. (...)

Neben der Priorität für die nächste Generation steht, wie ich sagte, die Priorität für ein umfassendes Verständnis von Selbständigkeit. Dazu gehört auch, dass wir die unterschiedlichen Ebe-



hat gesagt: Der Aufbau Ost wird Chefsache. Bei Helmut Kohl war er immer Herzenssache und damit auch Chefsache. Sicherlich haben wir beim Aufbau in den neuen Bundesländern auch nicht immer alles richtig gemacht. Vielleicht haben die Menschen auch zu viele Erwartungen gehabt, und vielleicht haben wir ihnen nicht deutlich genug gesagt: Es geht nicht so schnell, wie ihr denkt. Aber was wir immer gemacht haben und was wir auch wieder machen werden, das ist, Entscheidungen, die die Politik treffen kann, auch

nen unserer Bundesrepublik Deutschland leben und sich entwickeln lassen. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein Wort zur Politik der Bundesregierung gegenüber den Kommunen sagen. Meine Damen und Herren, Herr Eichel hat 100 Milliarden Mark eingenommen und schmückt sich mit einem vermeintlich konsolidierten Bundeshaushalt. Aber schauen Sie sich einmal an, was das für die Steuerzahlungen der Telekom vor Ort bedeutet! Wegen der verbesserten Abschreibungsbedingungen sind die

Steuereinnahmen vor Ort, in den Kommunen, zurückgegangen. Der Bundesfinanzminister hat sich saniert, aber er weigert sich, den Kommunen etwas von den 100 Milliarden abzugeben. Das ist ungerecht. Es trocknet und hungert die Kommunen aus. Das ist nicht unsere Politik für Selbständigkeit! (...)

Orientierung

Eine dritte Priorität ist die für Orientierung. Es entsteht ja manchmal der Eindruck, als hätten wir heute nicht mehr über Fragen zu entscheiden, in denen wirkliche Orientierung gefordert ist. Aber ich sage Ihnen: Die Zahl solcher Entscheidungen wird wieder zunehmen.

Heute besprechen wir das Thema „Zuwanderung und Integration“. Darüber können wir nur sprechen, wenn wir uns darüber klar sind, wie wir uns selbst in unserem Lande, in unserer Heimat verstehen. Ohne ein klares Verhältnis zur eigenen Nation, ohne eine klare Vorstellung von der eigenen Tradition, der eigenen Sprache und der eigenen Verfassung, ohne ein solches klares Verhältnis können Sie keine Integration gestalten und keine Zuwanderung aushalten, meine Damen und Herren.

Deshalb sage ich ganz klar: Lassen Sie uns streiten, streiten mit einem Bundesminister Trittin über die Frage, ob man stolz darauf sein kann, in Deutschland zu leben. Ich bin es, und es gibt viele Gründe, auf dieses Land stolz zu sein. Wir können das aussprechen, wir können es immer wieder sagen. Wir können sagen: Wir sind stolz auf unsere Traditionen in diesem Lande.

Zu diesem Stolz gehört dann natürlich, dass wir – schon aus unserer Geschichte heraus – sagen: Jawohl, wir stellen uns den humanitären Verpflichtungen. Zu diesem Stolz gehört natürlich, dass wir sagen: Wir wollen die aufnehmen, die deutscher Volkzugehörigkeit sind. Zu diesem Stolz gehört aber natürlich auch, dass wir sagen: Wir wollen den illegalen Missbrauch des Asylrechts bekämpfen, damit wir nicht Menschen über Jahre und Jahrzehnte im Unklaren lassen. (...)

Liebe Freunde, wir haben zu diesem Thema heute über ein Konzept zu debattieren und zu diskutieren, das deshalb von der Frage, ■ was unsere humanitären Verpflichtungen sind, ■ was wir an Integration in unserem Lande schaffen können, ■ wie Integration aussehen muss, ■ wo wir illegalen Missbrauch bekämpfen

müssen, bis zu der neuen Frage reicht, ■ was Deutschland im Wettbewerb um die besten Köpfe braucht. Dies alles wollen wir in einem Paket besprechen, und dabei sind wir unstrittigerweise die Ersten. Wir können stolz darauf sein, dass Peter Müller zusammen mit seinen Kommissionsmitgliedern diese Arbeit geschafft hat und dass wir es gemeinsam mit der CSU zu einem gemeinsamen Papier gebracht haben.

Es ist doch vollkommen klar, dass den Sozialdemokraten absolut mulmig ist. Deshalb versuchen sie jetzt, uns in einer großen Umrarmungsaktion sozusagen wieder abzutöten. Aber, liebe Freunde, wir werden sagen: Nein, unser Konzept liegt als ein Gesamtpaket auf dem Tisch. Rot-Grün regiert, Rot-Grün soll einen Gesetzentwurf machen, Rot-Grün soll deutlich machen, wie dieser Gesetzentwurf aussieht. Die beiden Fraktionschefs Schlauch und Struck sollen unterschreiben, dann soll das Ganze ins Parlament gehen, und dann sind wir bereit, darüber zu debattieren, nicht vorher, keinen Tag vorher. Das wollen wir sehen! Das ist der Anspruch, den man an eine Bundesregierung haben kann, liebe Freunde! (...)

Gentechnologie

Wenn es um Orientierung geht, ist eine andere Debatte in diesen Tagen von elementarer Wichtigkeit. Es ist die Debatte um die Zukunft der Gentechnologie. Ich finde es schon absurd, wenn eine Bundesregierung wie diese den Entwicklungshilfe-Etat gestrichen hat wie keine andere Bundesregierung je zuvor und wenn diese Bundesregierung gleichzeitig angesichts von 1,4 Milliarden Menschen auf der Welt, die nicht genug zu essen haben, sagt: Grüne Gentechnologie interessiert uns nicht. Diese grüne Gentechnologie, der Umgang mit Pflanzen, die Verbesserung der Verwertbarkeit von Pflanzen, kann eine der ganz großen Chancen für die Menschen weltweit sein. Ich finde, die Bundesrepublik Deutschland hat eine Verpflichtung, das, was sie in der Forschung tun kann, zur Bekämpfung von Hunger und Elend auf dieser Welt beizutragen. (...)

Neue Fragen erfordern neue Antworten. Deshalb werden wir darum ringen, welche Antworten wir zum Beispiel bei PID, zum Beispiel bei der Forschung mit embryonalen Stammzellen finden. Ich halte es für rich-

tig, dass der Maßstab ist, dass wir keine Embryonen zur Forschung verbrauchen. Vor allem aber halte ich es für wichtig, dass wir Entscheidungen, die in den Gewissensbereich hineingehen, im Deutschen Bundestag treffen, nirgendwo anders.

Deswegen ist es meines Erachtens ziemlich unerträglich, dass der Minister-

REDE DER
VORSITZENDEN
AUF DEM
BUNDEAUSSCHUSS
IN BERLIN
AM 7. JUNI

präsident Clement – und ich bin mir nicht sicher, inwieweit der Bundeskanzler darin nicht involviert ist – uns am gleichen Tag, an dem wir die erste ernsthafte Debatte zu diesem Thema führen, mitteilen lässt, er wolle eine Lücke im Embryonenschutzgesetz nutzen, um den Import von embryonalen Stammzellen zu fördern. So kann man mit dem deutschen Parlament nicht umgehen, liebe Freunde!

Genau aus diesem Grunde haben Friedrich Merz und ich besprochen, dass wir ein Moratorium wollen. Wir sagen: Die Deutsche Forschungsge-

meinschaft kann und darf das erst entscheiden, wenn sich der Deutsche Bundestag mit dieser Frage befasst hat. Es kann doch nicht sein, dass sich der Bundeskanzler in den Deutschen Bundestag stellt und sagt, das Embryonenschutzgesetz wollen wir nicht ändern, und durch die Hintertür schaffen wir Fakten, die das Forschen an embryonalen Stammzellen zulassen. Dann sind die Fakten da, und dann kann der Deutsche Bundestag überhaupt nichts mehr entscheiden.

Keine Räterepublik

Damit bin ich bei einem ganz prinzipiellen Problem: Wie geht dieser Bundeskanzler nach innen und außen mit den Menschen um? Ich sage Ihnen: Mein Bedarf an Räterepubliken in Deutschland ist durch meine 35-jährige Anwesenheit in der früheren DDR gedeckt. Ich brauche keine Republik, in der alles entschieden wird, nur nicht dort, wo es hingehört: im deutschen Parlament.

Sicherlich kann sich ein Bundeskanzler beraten lassen. Niemand hat etwas gegen einen Ethikrat. Aber die Entscheidung, ob das Embryonenschutzgesetz geändert wird oder nicht, muss –

wie andere Entscheidungen auch – im Parlament fallen, nirgendwo anders. (...)

Ich bin deshalb sicher: Die Union wird gebraucht, sie wird gebraucht, so wie sie in früheren Jahren für die wichtigen Entscheidungen gebraucht wurde, die die Weichen für Deutschland gestellt haben: Westintegration, deutsche Einheit und vieles andere mehr.

Liebe Freunde, weil wir gebraucht werden, bin ich davon überzeugt, dass wir von der Union dieses Land ab Oktober 2002 wieder führen werden. Ich weiß, dass viele sagen, eine Ablösung einer Bundesregierung nach vier Jahren hat es doch noch nie gegeben. Ich nenne Ihnen aber zwei weitere Dinge, die es auch noch nicht gegeben hat: Noch nie bis 1998 hat es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine Regierung gegeben, an der keine bürgerliche Partei beteiligt war, und noch nie hat es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine Situation gegeben, in der CDU und CSU länger als vier Jahre nicht stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag waren. Wir haben diese Situation zweimal gehabt. Wir haben sie 1972 gehabt, und das haben wir 1976 wieder verändert. Ich sage

Ihnen: So, wie wir es 1976 verändert haben, werden wir es auch im Jahre 2002 verändern. Wir werden wieder stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag werden!

Aber die Situation ist eine andere, als sie es 1976 war. Damals war es das zweitbeste Ziel; heute, 2002, kann es das Mittel zum Zweck sein. Wenn wir 2002 stärkste Partei werden, ist das der Schlüssel, um die Union wieder in die Regierung zu führen.

Liebe Freunde, es hängt nur von uns ab, von unserer Stärke, von unserer Kraft, von unserer Fähigkeit, uns inhaltlich zu erneuern, Personen und Ideen zusammenzubringen, und es hängt davon ab, wie wir an uns glauben.



Unser Angebot

Wir haben den Menschen ein Angebot zu machen. Wir machen es ihnen an diesen beiden Tagen, heute mit einer Debatte über eine inhaltliche Frage, über die Frage der Zuwanderung und der Integration, über die Begrenzung und die Möglichkeiten des Zuzugs, morgen mit einer Zukunftskonferenz, auf der wir junge Leute, unseren Nachwuchs, präsentieren werden, auf der wir mit Fachleuten in die

Diskussion kommen und auf der ich den Menschen einen Vertrag zwischen Politik und Bürgern in diesem Lande anbieten will.

Unser Angebot hat vier Teile. ■ Unser Angebot ist eine zukunftsfähige Politik, eine zukunftsfähige Politik aus Überzeugung. Es ist ja bemerkt worden, dass ich in meinem Artikel in der „Welt“ gestern über eine moderne Politik der Mitte das Wort „konservativ“ nicht gebraucht habe. Ich weiß nicht, ob es Ihnen aufgefallen ist: Ich habe zwei weitere Worte auch nicht gebraucht. Ich habe nicht das Wort „christlich-sozial“ und nicht das Wort „liberal“ gebraucht. Aber, liebe Freunde, alle diese drei Worte gehören zusammen. Auf Keines allein dürfen wir uns reduzieren lassen. Jedes macht seinen Teil am Gesamtverständnis der Christlich Demokratischen Union aus. Unsere Wurzeln sind, konservativ zu sein, christlich-sozial zu sein und liberal zu sein. Weil die Gründungsväter und -mütter dieser Partei das zu einer einheitlichen Christlich Demokratischen Union zusammengeschweißt haben, haben sie es geschafft, die große Volkspartei der Mitte daraus zu schmieden, und das muss so bleiben.

■ Zukunftsfähige Politik muss nicht nur aus Überzeugung gemacht werden, zukunftsfähige Politik muss auch teamfähig sein. Unsere Arbeit werden wir nur schaffen, wenn wir alle an einem Strang ziehen: die Bundesausschüsse, die Vereinigungen, die Oberbürgermeister, die Landräte, die Landesregierungen, die Oppositionsfractionen und die Regierungsfractionen in den Landes- und Bundespaplementen. Liebe

Freunde, nur gemeinsam sind wir schlagkräftig, und nur mit der Erneuerung in den verschiedenen Bereichen werden wir es schaffen.

■ Wir brauchen etwas Drittes: Wer gegenüber den Menschen so tut, als würde eine Politik der Zukunft, eine Politik der Mitte machbar sein, ohne dass wir die Vielschichtigkeit und Kompliziertheit der Probleme annehmen, der lügt den Menschen in die Tasche. Eine neue Zeit, eine Zeit, in der es um Wissen geht, braucht gleichermaßen Gewissen und Wissen. Nur so können wir die richtigen Antworten finden.

■ Ich sage ein Viertes: Natürlich braucht jede Politik auch Entscheidungen, und zwar zum richtigen Zeitpunkt. So, wie wir es heute für die Zuwanderung

machen, so, wie wir unseren Weg mit Diskussionen über den EU-Verfassungvertrag weitergehen, mit Jörg Schönbohm über die innere Sicherheit diskutieren, die Zukunft Marktwirtschaft entwickeln. Dies alles werden wir bis zum Parteitag im Dezember in einem inhaltlichen Programm zusammengefasst haben. (...)

Zeichen setzen

Deshalb, liebe Freunde, sage ich Ihnen: Lassen Sie uns mit diesen beiden Tagen, mit diesem Donnerstag und diesem Freitag, den Zukunftstagen der CDU, ein Zeichen setzen, dass die Menschen im Lande spüren: Die CDU ist entschlossen, in den knapp 500 Tagen bis zum September 2002 diesen Weg zu gehen. Die CDU ist entschlossen, als eine Mannschaft auf dem Feld zu stehen. Die CDU ist entschlossen, auch in Stürmen und bei Gegenwind an den Sieg zu glauben. Denn nur dann wird das geschehen, was für Deutschland gut ist; dann werden wir siegen können, dann werden wir die Regierung stellen, dann werden wir die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts packen, und dann wird es den Menschen in

Deutschland wieder besser gehen. Ich bin zutiefst überzeugt: Die Menschen in Deutschland haben Besseres verdient als diese Bundesregierung unter Gerhard Schröder. Herzlichen Dank!

LAURENZ MEYER:

Unser Ziel: Regieren 2000

In diesen Tagen fühlen sich viele berufen, sich über die Wahlchancen der Union im nächsten Jahr Gedanken zu machen. Da sieht man dann die Umfragekurven mal rauf und mal runter gehen und am Ende findet sich immer einer, der das mit mehr oder weniger klugen Sätzen kommentiert.

Es wird Sie vielleicht überraschen, aber ich sehe das mit großer Gelassenheit. Denn für unser Land ist es nicht entscheidend, welches Umfrageergebnis die CDU im April, Mai, Juni oder Juli 2001 einfährt. Für unser Land ist es entscheidend, ob die CDU es schafft, im Jahr 2002 diese Bundesregierung abzulösen, und da bin ich ganz zuversichtlich, denn es wird höchste Eisenbahn!

„Innovation und Gerechtigkeit“, das war die große

Versprechung, mit der Rot-Grün in die Wahlschlacht gezogen ist. Man muss es sich auf der Zunge zergehen lassen: „Innovation und Gerechtigkeit“ – Aus dem Versprechen ist ein Versprecher geworden. Was Schröder und seine Leute bei den Bürgern hinterlassen haben, ist nichts als „Irritation und Vergesslichkeit“, liebe Freundinnen und Freunde.

Was hat die SPD versprochen?

„Mehr Arbeitsplätze durch eine konzertierte Aktion für Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. Arbeitslosigkeit kann man bekämpfen“

Richtig, meine Damen und Herren: Arbeitslosigkeit kann man bekämpfen, aber doch nicht so, wie die Schröder-Regierung es tut. Den früheren Arbeitervertretern müssten die Alarmglocken läuten. Mehr als jeder dritte Arbeitslose (33,8 Prozent) ist mittlerweile länger als 12 Monate arbeitslos. Der harte Kern der Arbeitslosigkeit – Langzeitarbeitslose – hat sich weiter verfestigt.

Und was macht die Bundesregierung?

Sie friert die Statistiken, um besser dazustehen und lässt die Menschen mit

ihren Problemen im Stich. Das, liebe Freunde ist nicht gerecht und schon gar nicht innovativ!

Mit der Stagnation am Arbeitsmarkt geht gleich das nächste Versprechen Schröders den Bach runter. Die Senkung der Sozialversicherungsabgaben unter 40 Prozent des Bruttolohns bis 2002, um endlich die hohen Lohnnebenkosten in den Griff zu bekommen. (...)

Ich fordere die Bundesregierung hier und jetzt auf, Sofortmaßnahmen zu ergreifen:

■ Wir brauchen eine Konsum- und Investitionsbeschleunigung! Wir müssen weg von dem Prinzip „rechte Tasche – linke Tasche“. Deswegen fordern wir ein Vorziehen der Steuerreformschritte von 2005 auf 2002. Kleine und mittelständische Unternehmen müssen in den Mittelpunkt einer solchen Politik gestellt werden. (...) ■ Die CDU steht für radikale Steuersenkung und Steuervereinfachung. Der Steuerhöchst-satz muss sowohl für Arbeitnehmer als auch für Unternehmer auf 35 Prozent gesenkt werden. So entsteht ein neuer Wirtschaftsaufschwung.(...) ■ Die Ökosteuer ist der Inflationsanheizer Nummer 1 in

Deutschland. Sie gehört abgeschafft und zwar sofort. ■ Das Betriebsverfassungsgesetz ist das Synonym für Knebelung unserer Wirtschaft. Die Fesseln(...) müssen gelöst werden, um den Unternehmen wieder Luft zum Atmen zu geben. (...)

Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land die Chance bekommen, ihre Träume zu verwirklichen. Leben mit angezogener Handbremse ist nicht das Ideal christlich demokratischer Politik.

Lassen Sie mich heute exemplarisch folgende Hebel dazu benennen:

■ Arbeitsplatzgestaltung deregulieren ■ Abschaffung des Scheinselbstständigkeitsgesetzes ■ „Verwaltungs-lotse“ bei Behörden ■ Einschränkung für befristete Arbeitsverträge zurücknehmen

Ich bin mir sicher, dass diejenige Partei die Wahl gewinnen wird, die die Zukunftsfragen benennt und ehrlich beantwortet.

Viele sprechen in dem Zusammenhang von Nachhaltigkeit. Ich mag dieses Wort nicht so gerne und spreche deswegen lieber von „Verantwortung für die nächste Generation“. (...)

Heute machen wir den Menschen in Deutschland

ein Angebot. Das Papier, das Peter Müller und seine Kommission vorgelegt haben, verdient allergrößtes Lob. Deswegen sage ich stellvertretend für alle, die daran mitgewirkt haben: Danke Peter Müller.

Keine Konsensgespräche

Liebe Freunde, wir wurden von roten und grünen Politikern hoch gelobt für unser Zuwanderungspapier.

Da dachte ich nur: „Nachtigall, ick hör dir trapen“. Das Rot-Grüne Konsensgespräch geht schon wieder los. Ich sage Ihnen, wir lassen uns von denen nicht totschiemen.

Wir wollen einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf der Bundesregierung sehen. Vorher gibt es keine Gespräche! Wir sind uns einig, dass wir über ein Paket reden und nicht nur über Zuwanderung. Wenn ich von Paket spreche, meine ich:

■ Asyl für politisch wirklich Verfolgte ■ Bekämpfung des Missbrauchs von Asyl und Beschleunigung der Verfahren ■ Zuwanderung nur so viel wie wir auch integrieren können.

Liebe Freunde, es war wichtig, dass wir in den letzten Monaten die Debatte dar-



über, was uns verbindet und was uns mit diesem Land verbindet, geführt haben.

Die Debatte, die wir unter dem Stichwort ‚Leitkultur‘ geführt haben, war ein wichtiger Schritt zu einer offenen Beantwortung der Zuwanderungsfrage. Denn wer von Integration spricht, muss doch sagen, wo hinein er „integrieren“ möchte. Das sind wir den Menschen doch schuldig. Wir müssen sie doch mitnehmen auf dem Weg, den wir beschreiten. Das betrifft in diesem Fall alle Beteiligten. Die Bürger unseres Landes müssen doch wissen, womit sie rechnen müssen. – Und jene, die kommen, haben doch ein Recht zu wissen, worauf sie sich einlassen. Deshalb war die Diskussion richtig, notwendig und hilfreich. (...)

Auch die Frage, wie gehen wir mit dem um, was wir

wissenschaftlich können, gehört zur Diskussion.

Vor dem Hintergrund unserer Geschichte haben wir ein besonderes Verhältnis zum Umgang der Forschung mit menschlichen Leben oder Sterbehilfe. Durch das Tor, das andere Länder im Bezug auf die Sterbehilfe weit geöffnet haben, will ich nicht gehen. – Und ich sage auch ganz deutlich: Ich möchte nicht, dass auf deutschem Boden jemals ein geklontes menschliches Wesen entsteht. Ich will keine Gesellschaft, in der sich die Menschen anschicken, Gott zu spielen. (...)

Gute Voraussetzungen

Wir werden um die Meinungsführerschaft bei den Fragen der Bioethik und Gentechnologie kämpfen.

Und wir haben sehr gute Ausgangsvoraussetzungen. Es zeichnet die CDU aus, dass an uns höhere Maßstäbe gerichtet werden, als bei allen anderen. (...)

Wenn wir heute und morgen über die Zukunft Deutschlands sprechen, spielt die Hauptstadt Berlin eine zentrale Rolle. Eberhard Diepgen hat hier für die Stadt unglaublich viel geleistet und setzt sich mit hohem persönlichen Engagement für die Zukunft Berlins ein. (...)

12 Jahre nach der Wiedervereinigung und kurz vor dem 40ten Jahrestag des Mauerbaus – eine Erinnerung auch an all die Maueroopfer – müssen die Menschen heute mit ansehen, wie die SPD ihre eigene Geschichte wie auf einem Bazar der Nachfolgeorganisation der SED zum Ausverkauf anbietet. Was ist nur aus dieser stolzen Partei geworden, die einst tragende Säule des Freiheitskampfes um Berlin war? Ernst Reuter und Willy Brandt würden sich im Grabe runddrehen, wenn sie sehen würden, was hier aus reinem Machterhalt getrieben wird. (...)

In einem, liebe Freunde, bin ich mir sicher: Die Partei wird die Wahlen gewinnen, die die Zukunftsfragen ehrlich benennt und glaubwürdig beantwortet. Das sind

wir. Wir arbeiten hart, dass kann ich ihnen versprechen. Über die Sommerpause werden wir die Ergebnisse der Kommissionen und Ausschüsse zu einem Leitantrag für den Parteitag im Dezember in Dresden zusammenbinden. Dieser Leitantrag wird den Bürgern unseres Landes ein Angebot machen. Er wird ihnen den Weg in eine Gesellschaft aufzeigen, in der jeder seinen Platz hat; wo jeder spürt, dass er gebraucht wird. Unsere Vision ist die Wir-Gesellschaft. (...)

Es geht in den Monaten bis zur Bundestagswahl um die grundlegende Richtung der deutschen Politik: ■ Um Entscheidungsfreiheit statt staatlich verordnetem Glück, ■ um wertorientierte Politik statt Beliebigkeit, ■ um langfristige Konzepte statt Nachbesserei, ■ um Politik für die Menschen statt auf ihre Kosten, ■ oder ganz einfach um CDU statt SPD. (...)

Wenn sie jemand fragt: Warum sollen wir denn ausgerechnet CDU wählen? Dann sagen sie ihm: Weil wir eine klare Vorstellung haben, von der Gesellschaft in der wir leben wollen. Erzählen Sie ihm von der Wir-Gesellschaft und sagen sie ihm, dass Politik für uns nicht mehr Staat, sondern mehr Freiheit, Chance und Lebendigkeit bedeutet.

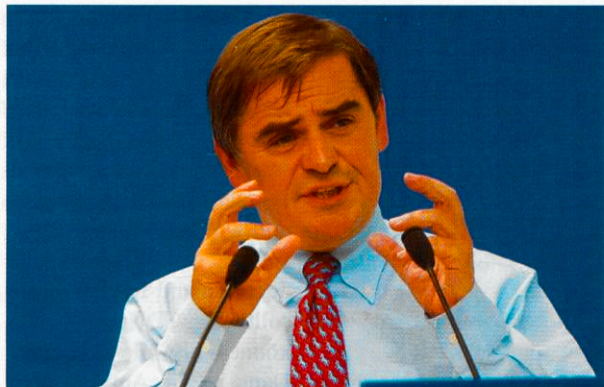
Wenn Sie jemand fragt: Was kann die CDU denn besser als die Anderen? Dann sagen Sie ihm: Langfristig denken. Sagen sie ihm: Wir versprechen nur das, was wir halten können und wir halten das was wir versprechen. Wenn sie dann noch jemand fragt: Warum sollte die CDU das besser können als alle Anderen? Dann ist die Antwort klar: Weil wie einen Kompass haben der auch in hektischen Zeiten Kurs hält. (...)

Das Ziel heißt: Neues Regieren 2002. Wir machen die CDU zur Gestaltungskraft des 21. Jahrhunderts – dafür kämpfen wir gemeinsam!

PETER MÜLLER:

Ausbildung und Qualifizierung geht vor Zuwanderung

„Für mich war es beeindruckend, mit welcher Intensität, mit welcher Ernsthaftigkeit – gerade auch bei den Regionalkonferenzen – über das Thema Zuwanderung und Integration geredet wurde“, erklärte der saarländische Ministerpräsident Peter Müller in seiner Einführung in den Antrag des Bundesvorstands „Zuwanderung steuern und be-



grenzen. Integration fördern“. In der Diskussion habe sich die CDU als eine Partei erwiesen, die angemessen mit dem Thema umgehe, in der „für Ausländerfeindlichkeit kein Raum“ sei. „Diese Debatte hat der Union alle Ehre gemacht“, betonte Müller.

Der Vorsitzende der CDU-Zuwanderungskommission sprach sich für ein Zuwanderungsbegrenzungs- und Integrationsgesetz aus, in dem festgelegt werde, wie viele Menschen aufgenommen werden sollen und nach welchen Kriterien. Feststehe, dass Deutschland nicht unbegrenzt Zuwanderer aufnehmen könne. Deshalb müsse die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft „Maßstab für das Maß an Zuwanderung“ sein. Außerdem müsse die Zuwanderung im nationalen Interesse ge-

steuert werden. Zugleich machte Müller deutlich, dass Deutschland auch in Zukunft seine humanitären Verpflichtungen erfüllen werde – „das Asylrecht ist uns heilig“.

Forderungen von Seiten der Industrie nach Zuwanderung in einer Größenordnung von 400.000 Menschen jährlich wies der saarländische Ministerpräsident als „völlig unvorstellbare Größe“ zurück. Zuwanderung könne die demografische Entwicklung zwar abmildern, das Problem jedoch nicht lösen. „Solange wir in Deutschland vier Millionen Arbeitslose haben“, müsse zuerst über die Frage gesprochen werden, „wie wir diese Menschen wieder in Lohn und Beschäftigung bringen“. Deshalb gelte für die CDU der Grundsatz: „Ausbildung und Qualifizierung geht vor Zuwande-

rung“. Anders sei die Situation bei den Facharbeitern und Höchstqualifizierten. Wenn Deutschland im „Wettbewerb um die besten Köpfe konkurrenzfähig“ sein wolle, seien attraktive Aufnahmebedingungen vonnöten. Die „Greencard-Rezepte“ von Rot-Grün seien hier keinesfalls ausreichend.

Neben dem Thema begrenzte Zuwanderung müsse eine intensive Diskussion um die Integration geführt werden. Integration bedeute die „gleichberechtigte Möglichkeit der Teilnahme am sozialen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben“. Dabei handele es sich jedoch um einen zweiseitigen Prozess. Von den Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben wollen, könnten vier Dinge erwartet werden: Das Akzeptieren der Werteordnung des Grundgesetzes, gesetzestreu Verhalten, das Erlernen der deutschen Sprache und den Respekt vor den Traditionen unserer Gesellschaft, unterstrich Peter Müller.

[http://](http://www.cdu.de)

**Den Beschluss
„Zuwanderung steuern
und begrenzen.
Integration fördern“
finden Sie im Wortlaut
im nächsten UID oder
unter www.cdu.de**

PREISERHÖHUNGEN

bei der Einführung des Euro zum Jahreswechsel fürchten nach einer Umfrage des Markt- und Meinungsforschungsinstituts Inra in Mölln 61 % der Befragten. 51 % lehnen den Euro ab. Nur 25 % erwarten, dass der Euro genau so stabil sein wird wie die Mark. Von den Befürwortern glauben nur 22 %, dass die gemeinsame Währung die europäische Konjunktur ankurbeln werde.

ZU WENIG BETRIEBE

bilden Lehrlinge aus: nur 30 Prozent von 1,7 Millionenn westdeutschen Betrieben, nur 26 % von 440.000 Ostdeutschen. Das hat für die Bundesanstalt für Arbeit das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ermittelt. Bernd Jagoda, Präsident der Bundesanstalt in Nürnberg: „Das Standort Deutschland kann seine Zukunft langfristig nur mit qualifiziertem Humankapital sichern.“

OHNE WIRKUNG wird nach Ansicht des ADAC die Absenkung der Promille-Grenze von 0,8 auf 0,5 % bleiben, wenn damit nicht auch mehr Aufklärung, Kontrolle und sichtbare Präsenz der Polizei auf den Straßen verbunden ist. Verkehrsexperte Dirk Müller vom ADAC Mittelrhein: „Die

meisten Unfälle wegen Alkohol passieren bei Werten von mehr als einem Promille.“ Dem Staat sei es bei der neuen Regelung in erster Linie wohl „ums Abkassieren“ gegangen.

LASTWAGEN auf Autobahnen das Überholen generell verbieten wollen nach einer Forsa-Umfrage 56 % der Bundesbürger. Nur 37 % finden ein solches Verbot nicht sinnvoll. Mit 66 % sind es vor allem FDP-Anhänger, die sich dafür aussprechen. Mit 51 % Befürwortern gehören auch die Selbstständigen zur Mehrheit derer, die eine entsprechende Änderung der Verkehrsregeln wollen.

JOBSUCHE im Internet boomt. 2 Mio suchen inzwischen elektronisch, und mehr als eine Million nutzt dabei Marktführer Jobline International, der wöchentlich mehr als 1,5 Mio E-Mails mit aktuellen Angeboten verschickt. 50 % der Interessenten auf der Datenbank des Online-Personalvermittlers gehören zur Gruppe der Young Professionals mit 3 – 5 Jahren Berufserfahrung in der Altersgruppe der 24- bis 35-Jährigen.

DIE „TAGESSCHAU“ ist selbst in den Augen von Fernsehzuschauern, die an-

sonsten Privat-TV bevorzugen, die beste Nachrichtensendung. 68 % der im Auftrag der ARD von Infratest Befragten meinen das. Dem ZDF geben 45 % den Vorzug, 23 % favorisieren RTL, zehn SAT.1 und acht ProSieben.

HAMBURG ist die gefährlichste Großstadt in Deutschland. Das geht aus einer Statistik des Bundeskriminalamts hervor. Mit 16.675 Straftaten pro 100.000 Einwohnern liegt die Hansestadt noch vor Berlin (16.447) und Frankfurt am Main (16.168).

DIE UNI MÜNCHEN ist bei ausländischen Gastwissenschaftlern mit 120 Gastaufenthalten zwischen 1996 und 2000 die beliebteste unter den deutschen Hochschulen. Platz zwei belegt die Uni Heidelberg, den dritten wieder München mit seiner Technischen Universität.

446.000 KILOMETER beträgt die Gesamtlänge öffentlicher Abwasserkanäle in Deutschland. Das entspricht dem elffachen Erdumfang. Zwischen 1991 und 1998 wurde das Kanalnetz um 89.000 km erweitert. 24.000 km dieser Erweiterung entfielen auf die neuen Bundesländer.

ANGELA MERKEL:

In der Gentechnikdebatte brauchen wir **feste** Maßstäbe

Menschliches Leben beginnt mit der Verschmelzung von Ei und Samenzelle. Das ist für mich der Fixpunkt in der heutigen Debatte und das ist für mich in der christlichen Verantwortung vor Gott begründet.

Wenn wir heute – in einer Zeit, in der wir wissen, dass wir am Anfang von vielen technischen Möglichkeiten stehen – hier eine Debatte führen, dann ist es gut und richtig, einen solchen Fixpunkt zu haben. Wir müssen aufpassen, dass wir einen solchen Fixpunkt nicht deshalb verschieben, weil wir gerne zu manchen Entscheidungen kommen würden, die mit diesem Fixpunkt nicht vereinbar sind.

Ein solcher Fixpunkt verschafft Klarheit. Er ist aber nicht starr und gibt deshalb auf viele Fragen, die uns gestellt werden, keine abschließenden Antworten. Uns sind Fragen von der Ärzteschaft in Bezug auf Präimplantationsdiagnostik (PID) gestellt worden, uns sind Fragen von der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Bezug auf die Frage



der embryonalen Stammzellenforschung gestellt worden. Wir brauchen deshalb neben einem solchen Fixpunkt auch Maßstäbe für unsere Debatte.

■ Der erste Maßstab

ist: Dürfen wir in einem internationalen Umfeld national entscheiden? Ich sage: Wir sind als Abgeordnete in diesem nationalen Parlament zu Entscheidungen verpflichtet und unsere Entscheidungen müssen unabhängig davon gefällt werden, was andere – mit Sicherheit mit respektablen Argumenten – entscheiden.

■ Der zweite Maßstab

für mich ist, dass die Würde des Menschen als Wert absolut ist.

■ Der dritte Maßstab

ist: Wenn es um Güterab-

wägung geht – ganz offensichtlich sind viele konkrete Fragestellungen nicht ohne Güterabwägungen möglich –, dann darf nur menschliches Leben gegen menschliches Leben abgewogen werden.

Deshalb warne ich vor falschen Vergleichen. Ich habe die Aussage von den ideologischen Scheuklappen, Herr Bundeskanzler, im Zusammenhang mit dieser Debatte als ausgesprochen unangemessen empfunden. Der Wirtschaftsstandort Deutschland – bei aller Wichtigkeit, bei aller Notwendigkeit und bei aller Sehnsucht der Menschen nach Arbeitsplätzen – wird nicht auf der gleichen Ebene behandelt wie die Abwägung der Güter, die wir in den Fragen der Gentechnik vorzunehmen haben.

Weil diese Güterabwägungen so schwierig sind, müssen wir uns Zeit nehmen; Maria Böhmer hat es bereits gesagt. Gründlichkeit geht hier vor Schnelligkeit. Um unsere Entscheidungen treffen zu können, müssen wir sie in einen vernünftigen Prozess einmün-

den lassen. Deshalb halte ich diese Debatte heute für ausgesprochen wichtig.

Nun werden die Fragen konkret: Wie ist es mit der Präimplantationsdiagnostik? Es gibt kein Recht auf ein gesundes Kind. Es gibt nicht einmal ein Recht auf ein Kind. Aber es gibt doch den Wunsch nach einem gesunden Kind. Genauso gibt es die Hoffnung auf ein gesundes Kind. Diese Hoffnung haben wir immer wieder durch medizinische Möglichkeiten zu erfüllen versucht. Dass wir dies getan haben, ist doch niemals ein Grund dafür gewesen zu sagen: Behinderte bzw. Kranke sind in unserer Gesellschaft nicht willkommen. Ich finde, das müssen wir ganz deutlich feststellen.

Halten wir den Dammbuch auf?

Natürlich ist die Präimplantationsdiagnostik eine neue Methode, bei der wir uns fragen müssen: Halten wir den Dammbuch hin zu Selektion auf? Für mich wiegen die Bedenken derer, die diese Frage verneinen, außerordentlich schwer. Aber vielleicht war schon die Pränataldiagnostik ein solcher Dammbuch? Ich bin deshalb sehr froh, dass

AUS DER REDE
VON ANGELA
MERKEL IN DER
BUNDESTAGS-
DEBATTE ZU
RECHT UND ETHIK
DER MODERNEN
MEDIZIN UND
BIOTECHNOLOGIE
AM 31. MAI

wir uns entschieden haben, zu sagen: Wir wollen die Präimplantationsdiagnostik, die Pränataldiagnostik und das schwierige Problem der Spätabtreibungen in einem Zusammenhang miteinander besprechen, weil sich diese Dinge nicht voneinander trennen lassen.

Ich persönlich betone: Für den Fall, dass jemand – wie in Amerika geschehen – ein Kind hat, das dem Tod geweiht ist, und ein zweites Kind will, weil er die Hoffnung auf ein gesundes Kind hat und dieses zweite Kind vielleicht dazu beiträgt, das erste zu retten, fällt es mir schwer, radikal zu sagen: Nein, in diesem Fall unterstütze ich die Präimplantationsdiagnostik auf keinen Fall.

Sicherlich müssen wir uns eines Tages entscheiden: Aber bevor wir in dieser Frage keine Entscheidung getroffen haben, darf es in Deutschland keine

Präimplantationsdiagnostik geben. Auch das ist klar. Lassen Sie uns dies gut überdenken.

Wir dürfen uns nicht in die Tasche lügen

Viel wichtiger ist die Frage der Forschung an embryonalen Stammzellen, weil dort die Dynamik der Forschung am stärksten ist. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat uns Empfehlungen auf den Tisch gelegt. Dazu ist heute wenig Konkretes gesagt worden. Herr Bundeskanzler, ich bin genauso wie Sie der Meinung: Wir wollen das Embryonenschutzgesetz nicht ändern. Aber zur Ehrlichkeit gehört, zu sagen, dass im Rahmen dieses Embryonenschutzgesetzes das Verwenden von so genannten nicht mehr gebrauchten Embryonen nicht zulässig ist. Ich halte das für richtig, und deshalb dürfen wir uns an dieser Stelle nicht in die Tasche lügen.

Ich gehe weiter und sage: Der Import von pluripotenten Stammzellen, die aus embryonalen Stammzellen gewonnen wurden, ist mit dem Geist des Embryonenschutzgesetzes nicht vereinbar. Diese konkrete Möglichkeit ist 1990 nicht er-

kannt worden; das ist richtig. Aber die Tatsache, dass dies nicht erkannt wurde, ist für mich noch lange kein Grund dafür, über diese Hintertür bzw. über diese Gesetzeslücke die Forschung an embryonalen Stammzellen zu ermöglichen, die nach der Rechtslage in Deutschland so nicht erlaubt wäre.



*Es gibt kein Recht auf
ein gesundes Kind.
Aber es gibt den
Wunsch nach einem
gesunden Kind.*

wirklich führend in der Forschung zu sein. Darum sollten wir gemeinsam ringen.

Deshalb hätte ich mir an dieser Stelle, Herr Bundeskanzler, zu den ganz konkreten Anliegen der Deutschen Forschungsgemeinschaft ein klares Wort gewünscht. Die Wissenschaftler wollen wissen, was wir in diesem Hause zu dem, was sie uns aufgeschrieben haben, sagen. Ich wünsche mir ein Moratorium, keine Änderung des Embryonenschutzgesetzes und habe deshalb auch Schwierigkeiten mit der Forschung an den Embryonen, die angeblich nicht mehr gebraucht werden. Denn was tun wir dann, wenn die Zahl dieser Embryonen eines Tages nicht mehr ausreicht und wir weitergehen müssen? Ich möchte keine verbrauchende Embryonenforschung.

Deshalb werden wir weiter debattieren und dis-

kutieren müssen. Unsere Entscheidungen sollten wir immer im Bewusstsein unserer Maßstäbe treffen. Wir sollten sie – das sage ich für mich – im Bewusstsein unserer Fixpunkte treffen. Ich sage auch: An die Christlich Demokratischen Union Deutschlands werden in dieser Debatte vielleicht höhere Maßstäbe als an andere Parteien gesetzt.

Keine verbrauchende Embryonenforschung

Deshalb sage ich, ich würde mir von dieser Debatte wünschen, dass wir die Deutsche Forschungsgemeinschaft bitten, auf den Import von Stammzellen zu verzichten und ein Moratorium einzugehen, bevor wir uns in diesem Hause darüber geeinigt haben, ob wir die Forschung an embryonalen Stammzellen wollen oder nicht und, wenn ja, unter welchen Bedingungen.

Ich sage dies als Physikerin, als Naturwissenschaftlerin, in dem vollen Wissen um den Drang, um den Wettbewerb und um die Wünsche der Forscher, vieles zu schaffen. Ich sage es in der Erwartung, dass uns in Deutschland die Forschung an adulten Stammzellen ungeahnte Möglichkeiten brächte, an dieser Stelle

An uns werden höhere Maßstäbe gelegt als an andere

Ich sage dies im vollen Bewusstsein dessen, was ich lese und höre. An uns werden höhere Maßstäbe als an andere gesetzt. Dies macht die Debatte für uns nicht einfacher, weil nämlich die Verpflichtung auf das christliche Menschenbild noch keine konkrete politische Entscheidung beinhaltet. Aber ich sage auch und besonders in diesem Haus – dies gestatten Sie mir bitte –, dass uns diese Verantwortung stolz macht, dass wir uns dieser Verantwortung bewusst sind, dass wir uns ihr stellen wollen und dass wir dies in aller Ernsthaftigkeit, selbst bei unterschiedlichen Antworten, tun werden.

BISCHOFSKONFERENZ:

CDU ist und bleibt die **christliche** Partei

Am 11. Juni traf sich das CDU-Präsidium und Vertreter der Deutschen Bischofskonferenz zu einem Gedankenaustausch.

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen Fragen des grundsätzlichen Verhältnisses zwischen der katholischen Kirche und der CDU. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, und die CDU-Partei-vorsitzende hoben die Bedeutung des Zusammenschlusses von Katholiken und Protestanten in einer politischen Partei als eine wegweisende Idee der Nachkriegsgeschichte hervor und betonten, dass diese Tradition der CDU erhalten und weiter gelebt werden müsse.

Angesichts der gesellschaftlichen Veränderun-

gen, von denen auch die Kirche nicht frei sei, sei es nicht verwunderlich, dass es zwischen der Kirche und der CDU immer wieder auch aufgrund unterschiedlicher Erwartungen zu Meinungsverschiedenheiten komme. Es bestehe aber kein Zweifel daran, dass auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes viele Übereinstimmungen gegeben seien. Die Kirche könne Impulse und Anregungen geben; die Partei handele aber auf eigene politische Verantwortung.

Übereinstimmung bestand darin, dass sich aus der Anerkennung des christlichen Menschenbildes die Forderung ergebe, menschliches Leben von seinem Anfang an auch unter den Schutz der staatlichen Ordnung zu stellen.

Es stehe außer Zweifel, dass Forschung und Wissenschaft alles daran setzen sollten, Leiden zu heilen oder zumindest zu lindern. Aber kein auch noch zu hohes Ziel berechtige, menschliches Leben zu verbrauchen. Dies betreffe auch die Aussonderung von menschlichem Leben an seinem Anfang und an seinem Ende. Dazu gehöre auch, dass differenziert über diese Fragen gesprochen werde. Die ethischen Fragestellungen entzögen sich taktischem Verhalten.

Angela Merkel und Kardinal Karl Lehmann vereinbarten, Fragen der Biomedizin, der Neuen Sozialen Marktwirtschaft und der Zuwanderungs- und Integrationspolitik in einzelnen Arbeitsgruppen weiter zu behandeln.

ENDSPURT FÜR
EHRENAMTLICHE

Wer den „CDU-Bürgerpreis“ gewinnen will, muss sich beeilen. Am 30. Juni läuft die Frist ab.

Mit dem Preis ehrt die CDU im „Internationalen

Jahr der Freiwilligen“ ehrenamtliches Engagement in Vereinen, Unternehmen und Kommunen in vier Kategorien („Vor Ort“, „Im Netzwerk“, „International“ und „CDU-E-Community“). Ausgezeichnet werden Landes- und Bundessieger. Der Jury gehören die CDU-Vor-

sitzende Angela Merkel, der Leiter des UNO-Umweltprogramms Klaus Töpfer, die Verlegerin Friede Springer, der Moderator Johannes B. Kerner und Cap Anamur-Gründer Rupert Neudeck an.

[http://](http://www.cdu.de)

Infos: Kreisverbände
und www.cdu.de

Erst der Mensch, dann der Markt

Unter diesem Motto stand die 29. Bundestagung der CDU-Sozialausschüsse (CDA) vom 6. bis 8. Juni 2001 im alten Bonner Bundestag. Ein Kongress, der von sich reden machte.

Dies lag einerseits an der interessanten Mischung von Zukunftspreis, den in diesem Jahr der Vorstandsvorsitzende der JenOptik, Lothar Späth von der CDA erhielt und einer programmatischen Bundestagung, die der CDA ein neues Grundsatzprogramm gab. Ausserdem gab es einen personellen Wechsel an der Spitze der CDA. Rainer Eppelmann MdB, der die CDA sieben Jahre als Vorsitzender führte, übergab den Vorsitz an Hermann-Josef Arentz MdL, der bereits im Präsidium der CDU die christlich-sozialen Farben vertritt.

Neuwahlen

Am Freitag erlebten die etwa 400 Delegierten sowie weitere 400 Gäste und Medienvertreter ein Grußwort des Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dieter Schulte, und

den politischen Bericht von Rainer Eppelmann mit den Neuwahlen. Hermann-Josef Arentz wurde mit 90,11 Prozent zum CDA-Bundesvorsitzenden gewählt. In einer Diskussion mit CDA-Delegierten forderte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz dazu auf, die CDU müsse die Wirtschafts-, Sozial-, Finanz- und Umweltpolitik in einen Gesamtzusammenhang stellen. Am Samstag brachte es dann die CDU-Bundesvorsitzende Angela Merkel auf den Punkt: Die Union muss aus Fehlern lernen und dazu gehört das permanente Aus-tangieren der beiden Flügel der Union, des wirtschaftlichen und des sozialen Flügels. Als Brückenthemen markierte sie die Vermögensbeteiligung und die Aufwertung der Familienarbeit.

CDA als Brücke

In seinem politischen Bericht schrieb der zum Ehrenvorsitzenden der CDA gewählte Bürgerrechtler Rainer Eppelmann MdB:



H.-J. Arentz



R. Eppelmann

„Wir waren und wir sind die Brücke zwischen der Union und der Arbeitnehmerschaft. So wie wir in den letzten Jahren eine neue familienpolitische Konzeption angeregt und durchgesetzt haben, so wollen wir eine Modernisierung aber auch eine Rückbesinnung auf die Soziale Marktwirtschaft erreichen.“

Neues Grundsatzprogramm

Unter dem Leitmotiv „Erst der Mensch, dann der Markt“ hat sich die CDA ein neues Grundsatzprogramm gegeben. Darin wird die Vorrangstellung des Menschen vor dem Ökonomischen in Fragen der Gentechnik und in Abgrenzung zum materialistischen Sozialismus auf der einen und einem nackten Kapitalismus auf der ande-

ren Seite markiert. Dieses Programm ist das Ergebnis eines zweijährigen Konsultationsprozesses innerhalb der CDA, aber auch mit der Union, den Kirchen, Sozialverbänden und den Gewerkschaften sowie der Wissenschaft und Arbeitgebern. Herausgekommen ist Programm mit Antworten und Forderungen darauf, wie die Globalisierung der Märkte politisch und sozial begleitet werden kann und welche politischen Konsequenzen wir aus der demographischen Herausforderung ziehen.

Förderung des Gemeinsamen und Verbindenden

Dabei sollen die sozialen Institutionen gestärkt werden, die das Gemeinsame und Verbindende in der Gesellschaft befördern und so Ellenbogenmentalität, Eigensucht und Konfliktideologie wirksam zurückdrängen. Hermann-Josef Arentz: „Die CDA hat die Soziale Marktwirtschaft und ihr Modell der Partnerschaft gegen die Konfliktideologen der 68er verteidigt, sie verteidigt sie auch gegen diejenigen, die heute einen kalten Marktradikalismus fordern.“

Zukunftspreis

Erstmals war die CDA-Bundestagung mit der Verleihung des Zukunftspreises gekoppelt. Nach dem früheren „Zukunftsminister“ Jürgen Rüttgers MdL, dem luxemburgischen Premier Jean-Claude Juncker und dem damaligen BMW-Vorstand Horst Teltschik wurde in diesem Jahr der Vorstandsvorsitzende der JenOptik, Lothar Späth, geehrt. Als Ministerpräsident von Baden-Württemberg hat Lothar Späth die wirtschaftliche und soziale Erneuerung des Landes vorangetrieben, das bis heute eine Spitzenposition aller Bundesländer in Deutschland hält. Als Vorstandsvorsitzender von JenOptik hat Lothar Späth gezeigt, dass der Aufbau-Ost durch Innovation und Risikofreude gelingen kann. Besonders sein Konzept einer Mitarbeiterbeteiligung, mit dem eine neue Unternehmenskultur entwickelt wird, sei modellhaft auch für andere Unternehmen und Wirtschaftsbereiche.

Menschenwürde

Ganz entschieden verurteilten Hermann-Josef

Arentz und Norbert Blüm in ihren Redebeiträgen die „völlige Verwirtschaftlichung des Menschen.“ Arentz: „Wer, wie Gerhard Schröder eine Spezialethik für Wohlstand und für Arbeitsplätze der unveräußerlichen Würde des Menschen entgegenstellt, der zeige einen kalten Pragmatismus, der am Ende nicht davor zurückschreckt, den Menschen zum Mittel zu machen. Wer mit „menschlichem Zellmaterial“ handelt, der verstößt gegen den ersten und wichtigsten Artikel unseres Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Sie zu schützen ist oberstes staatliches Gebot.“

„Erst der Mensch, dann der Markt“ ist eine Absage an die Geschichtslosigkeit, die Orientierungslosigkeit und die Sinnlosigkeit einer Politik, welche Bereitschaft signalisiert, beim schwächsten Teil des menschlichen Lebens die Menschenwürde der Wirtschaftsförderung zu opfern.

Mit ihrer Bundestagung setzte die CDA Zeichen: Für eine Politik des „C“, die Menschlichkeit und Gerechtigkeit, auch in der Wirtschaft, einfordert.



SAARBRÜCKEN

Zweckbündnis

Zum ersten Mal in einer Landeshauptstadt haben sich CDU und die Grünen zu einem Bündnis zusammengeschlossen. Es wäre ebenso falsch, von einer Liebeshochzeit wie von einer Sensation ist es schon deswegen nicht, weil die SPD diese Koalition mit provoziert hat, als sie entgegen der Absprache nicht den Grünen-Kandidaten, sondern einen CDU-Mann zum Baudezernenten machte. Grüne können ihre neue Verbindung als das betrachten, was Koalitionen im Kern sind: Zweckbündnisse.

Generalanzeiger Bonn

KONJUNKTUR

Kanzler kraftlos

Der Kanzler hat ein Problem, und die klassischen Remeduren greifen nicht

mehr. Anderthalb Jahre vor der Wahl ist sein Schicksal eine Wirtschaft, die hartnäckig Wachstum verweigert und nun missmutig an der 1,5%-Marke entlangschleicht. Das allein ist traurig, aber noch nicht tragisch, denn die Konjunktur legt überall Pausen ein. Doch für Schröder bergen die Zahlen ein Desaster. Hatte er nicht geschworen, die Arbeitslosigkeit auf 3,5 Mio zu drücken? Die liegt noch immer bei knapp 4 Mio, und so rigide, wie die Arbeitsmärkte beschaffen sind, braucht er an die 3% Wachstum, damit die Wirtschaft ihm neue Jobs schenkt. Da hilft es ihm nicht, auf die Exporte zu verweisen. Denn der beste Freund der deutschen Konjunktur, der Export, ist auch müde geworden – trotz unaufhaltsamer Abwertung des Euro.

Die Zeit

BUNDESWEHR

Auf der Strecke

Scharping hat ein Trostpflaster erhalten: 500 Mil-

lionen Mark mehr ab 2003 sind alle andere als die Anschubfinanzierung, die die Weizsäcker-Kommission gefordert hatte. Der Sieger heißt wieder einmal Hans Eichel. Der Finanzminister kann die zusätzlichen Bundeswehrausgaben ab 2003 locker finanzieren, da sie gerade 0,1 Prozent des Gesamtvolumens des Haushaltes ausmachen. Auf der Strecke bleibt die Ausstattung der Truppe, die zwar über sehr gut ausgebildete Soldaten verfügt, aber mit einem Material hantiert, das oft älter ist als die Rekruten. Die Frage, ob mit einer solchen Bundeswehr neue Kriseneinsätze überhaupt durchgeführt werden können, stellt sich heute schon.

Die Welt

AFFÄRE

2. Fehler

Die Drahtbericht-Affäre um Kanzlerberater Michael Steiner ist inzwischen so kompliziert, dass sie nicht einmal für ein künftiges



Lehrbuch der Diplomatie taugt. Aber eine wichtige Polit-Regel gilt auch hier: Meist erwachsen Krisen nicht aus einem Fehler, sondern aus dem politischen Umgang mit diesem Fehler. Am Anfang dieser Affäre stand die durch den Drahtbericht 596 aus Washington genährte Vermutung, Gaddafi habe sich zur Verantwortung Libyens für das La-Belle-Attentat bekannt. Es ist über das Protokoll hinaus aber bislang kein weiteres Indiz aufgetaucht, das diese Lesart stützt. Das entlastet die Bundesregierung. Was ihr geschadet hat und ihr weiter schadet, ist das strikte Festhalten an dem Plan, sich zu vertraulichen Vorgängen nicht zu äußern.

Der Tagesspiegel

EZB

Positive Bilanz

Nennt man das ein Geburtstagsgeschenk der Märkte? Heute jährt sich die Gründung der Europäischen Zentralbank zum drit-

ten Mal, und am Vorabend notiert der Euro auf einem Halbjahrestief. Für die Bank ist das keine neue Erfahrung. Sie begann ihre Arbeit in einem schwierigen Umfeld, der Außenwert des Euro stand von Anfang an unter Druck. Und die Inflationsrate hat seit Anfang 2000 die Zielmarke von höchstens 2% nunmehr deutlich überschritten. Und in diesen Tagen wertet der Euro wieder ab, strebt die Teuerung auf 3% zu, geht zudem das zunächst kräftig Wirtschaftswachstum zurück. Dennoch fällt die Zwischenbilanz positiv aus: Zwar hat die Führung der Bank mit ihren Äußerungen gelegentlich irritiert. Doch hat sich das institutionelle Gerüst als tragfähig erwiesen und die Führung als standhaft gegenüber politischen Wünschen. Deshalb hat die Notenbank in der Fachwelt an Vertrauen gewonnen. Und wenn erst der Euro eingeführt ist, wird die EZB ein Stück Normalität gewonnen haben, und dürfte ihr Ansehen in der Öffentlichkeit wachsen.

Frankfurter Allgemeine

NIZZA-VERTRAG

Irland

Was ist die eigentliche Botschaft dieses Nein? Vor allem bringt es zum Ausdruck, was jeder Regierungspolitiker über den Nizza-Vertrag einräumt: Ein großer Wurf ist er nicht sondern durchsetzt von den nationalen Egoismen, die sich auf diesem Treffen in Südfrankreich ausgetobt haben wie selten zuvor. Nizza steht inzwischen als Symbol dafür, dass dem Prozess der europäischen Vereinigung der nötige Schwung, die Begeisterung fehlt. In praktisch allen Regierungen haben die Bedenkenträger das Oberwasser. Den Befürwortern fehlt der Rückenwind, weil die europäische Vision mehr und mehr zu einem Projekt der Krämerseelen verkommt. Wer genau hinsieht, wird also feststellen, dass die Iren nicht so sehr Nein gesagt haben, sondern so nicht. Und damit sprechen sie vielen in Europa aus der Seele. Neue Osnabrücker Zeitung

Die Aufstellung der Wahlkreisbewerber ist ab 27. Juni möglich

Mit Inkrafttreten des 16. Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes (BGBl. I S. 701) am 5. Mai 2001 steht auch die Neuabgrenzung der Bundestagswahlkreise für die Wahl zum 15. Deutschen Bundestag fest.

Die Neuabgrenzungen, die sich aus der Umverteilung von Wahlkreisen zwischen einzelnen Bundesländern ergeben, führen bei insgesamt 75 bisher nach dem Wahlkreisneueinteilungsgesetz bestehenden Wahlkreisen zu Änderungen. Namen und Gebiete der neu eingeteilten Wahlkreise sind in der Anlage zu Artikel 1 des 16. Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes aufgeführt. Die Anlage ist im Bundesgesetzblatt BGBl. I S. 702 ff. abgedruckt. Änderungsgesetz und Anlage können auch im Internet unter www.Bundesanzeiger.de, BGBl. Teil I abgerufen werden.

Wahlberechtigung der Parteimitglieder im Wahlkreis entscheidend

Seit Inkrafttreten des 16. Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes können auch Wahlen der Vertreter für die Vertreterversammlung mit größerer Rechtssicherheit durchgeführt werden. Zwar waren diese nach § 21 Abs. 3 Satz 2 BWG grundsätzlich bereits seit dem 27. September 2000 möglich. Von ihnen wurde aber auf Empfehlung

des abgesehen. Erst die rechtswirksame Neueinteilung der Bundestagswahlkreise gab die erforderliche Rechtssicherheit, da die Vertreter für die Vertreterversammlungen nur von im Wahlkreis wahlberechtigten Parteimitgliedern gewählt werden können (§ 21 Abs. 1 BWG).

Die Wahlberechtigung im Wahlkreis knüpft grundsätzlich an den Wohnsitz an. Nach § 12 Abs. 1 BWG sind – bei Vorliegen der übrigen Tatbestandsvoraussetzungen – diejenigen wahlberechtigt, die seit mindestens drei Monaten in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten. Die Ausübung des

Auf einen Blick

Nach dem dreizehnten Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 15. November besteht der Deutsche Bundestag ab der 15. Wahlperiode – vorbehaltlich der sich aus dem Bundeswahlgesetz ergebenden Abweichungen – aus 598, statt bisher 656 Abgeordneten. Von den 598 Abgeordneten in der 15. Wahlperiode werden 299 Abgeordnete statt bisher 328 nach Wahlkreisvorschlägen in den Wahlkreisen gewählt.

des Bundeswahlleiters bis zur rechtswirksamen Neueinteilung der Bundestagswahlkreise mit Inkrafttreten des 16. Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetz-

rechts ist an die Eintragung in ein Wählerverzeichnis gebunden (§ 14 Abs. 1, § 17 BWG). Von Amts wegen sind nach § 16 Abs. 1 Ziffer 1 Bundeswahl-

ordnung (BWO) alle Wahlberechtigten in das Wählerverzeichnis einzutragen, die am 35. Tage vor der Wahl (Stichtag) bei der Meldebehörde für eine Wohnung gemeldet sind.

Die Wahlberechtigung im Wahlkreis entspricht nicht zwingend der Mitgliedschaft im entsprechenden CDU-Kreisverband. Während die Aufnahme in die CDU nach § 5 Abs. 2 Satz 2 Statut der CDU auch durch den Kreisverband des Arbeitsplatzes erfolgen kann, ist für die Wahl der Vertreter für die Vertreterversammlung allein die Wahlberechtigung des Parteimitgliedes im Wahlkreis zum Zeitpunkt des Zusammentritts der jeweils wählenden Versammlung entscheidend, die sich grundsätzlich nach dem Wohnsitz im Wahlkreis richtet.

Deshalb ist ein Mitglied, das einem CDU-Kreisverband nach dem Arbeitsplatzprinzip angehört, aber über keinen Wohnsitz im Wahlkreis verfügt, grundsätzlich nicht bei der Wahl der Vertreter der entsprechenden Vertreterversammlung wahlberechtigt. Andererseits können auch Parteimitglieder wahlberechtigt sein, die zwar ihren Wohnsitz im Wahlkreis haben, aber nicht dem CDU-Kreisverband im

Service der Bundespartei

Auch zum Wahlkampf 2002 wird die Bundesgeschäftsstelle wieder einen umfangreichen Kandidatenservice anbieten. Die Bundesgeschäftsstelle wird sich mit jedem aufgestellten Kandidaten unmittelbar in Verbindung setzen. Aktuelle Informationen zur CDU-Politik können Sie schon jetzt unter www.cdu.de/newsletter/anmeldung.html anfragen.

Wahlkreis angehören, sondern einem anderen CDU-Kreisverband, etwa durch Aufnahme durch den Kreisverband des Arbeitsplatzes.

In der Praxis führt die Trennung zwischen Parteimitgliedschaft, die sich nach parteiinternen satzungsrechtlichen Bestimmungen richtet, und der Teilnahme an der Aufstellung der Wahlkreisbewerber, für die gesetzliche, insbesondere wahlrechtliche Bestimmungen gelten, immer wieder zu Problemen. Es ist eine für die CDU-Kreisverbände aus nachvollziehbaren Gründen oft schwierige Aufgabe, den Kreis der zur Wahl der Vertreter für die Vertreterversammlungen berechtigten Mitglieder zu bestimmen. Betroffen sind insbesondere diejenigen CDU-Mitglieder, deren Mitgliedschaft aus den dargestellten Gründen von ihrer Wahlberechtigung im Wahlkreis abweicht. Um den Ansprüchen des Bundeswahlgesetzes zu genügen, um Wahlwiederho-

lungen zu vermeiden, aber insbesondere, um sich mit ganzer Kraft der bevorstehenden Bundestagswahl widmen zu können, ist es wichtig, gegebenenfalls zur Klärung der Wahlberechtigung rechtzeitig mit dem jeweiligen CDU-Kreisverband in Verbindung zu treten.

Wahlen zur Aufstellung der Wahlkreisbewerber

Auch an der Wahl zur Aufstellung der Wahlkreisbewerber können nur Parteimitglieder mitwirken, die im Wahlkreis wahlberechtigt sind. Nach § 21 Abs. 3 Satz 2 BWG dürfen Wahlen zur Aufstellung der Wahlkreisbewerber frühestens 32 Monate nach Beginn der Wahlperiode des Deutschen Bundestages stattfinden. Die Wahlen zur Aufstellung der Wahlkreisbewerber sind demzufolge ab dem 27. Juni 2001 möglich.

SPD verrät Staatsinteresse

Mit Sorge und Bestürzung beobachtet die Konferenz der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden die politische Entwicklung in der deutschen Hauptstadt Berlin.

Der Wort- und Koalitionsbruch, mit dem die Berliner 22-Prozent-SPD den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen stürzen und die Vertreter der stärksten Fraktion aus dem Senat drängen will, ist in der Bundesrepublik ohne Beispiel.

Es ist besonders verwerflich, dass dies im 40. Jahr nach dem Mauerbau ausgerechnet von einer Aktionsgemeinschaft der SPD mit der Mauerschützernpartei betrieben wird.

Reine Machtgier

Damit hat die Hauptstadt-SPD aus reiner Machtgier

- die Opfer der SED-Herrschaft verhöhnt,
- die politisch-moralischen Traditionen eines Kurt Schumacher, Ernst Reuter und Willy Brandt über Bord geworfen und
- ihre Wahlversprechen, nicht mit der PDS zu kooperieren, gebrochen.

Mit ihrem Verhalten liefert die SPD die Hauptstadt nationaler und internationaler Kritik aus. Es kann niemandem vermittelt werden, warum ein Jahrzehnt nach dem DDR-Desaster die Verursacher ausgerechnet in jener Stadt wieder an die Macht kommen sollen, die unter der Teilung und der Mauer am meisten gelitten hat. Das gefährdet die Reputation Berlins in der Welt. Die SPD hat damit das Staatsinteresse aus parteipolitischem Kalkül verraten.

Die Leidtragenden dieser Entwicklung werden die Arbeitnehmer und sozial Schwachen sein, denn eine rot-grün-rote Regierung in Berlin wird die Republik entsolidarisieren, Investoren abschrecken und Arbeitsplätze vernichten. Dies demonstriert die PDS tagtäglich in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern.

Die Konferenz appelliert an alle verantwortungsbewussten Bürger, dieses Machtkartell zu brechen und die politischen Abenteuer in ihre Schranken zu verweisen. Im Interesse der Stadt, ihrer Menschen und aller Deutschen.

Preistreiber Rot-Grün

Rot-Grün zeigt immer mehr wirtschaftspolitische Inkompetenz. Zu dieser Erkenntnis kommt der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Hansjürgen Doss**. 3,5 Prozent Inflationsrate ist vor allem deshalb ein Alarmsignal, weil die Arbeitslosenquote anhaltend hoch ist und die Spirale aus Preissteigerung, Umsatzrückgang und Arbeitsplatzverlusten sich bereits zu drehen begonnen hat. Verursacher des Preisanstiegs sind dabei nicht allein die Tankstellen. Auch ohne die massive Verteuerung von Benzin und Heizöl steht die Inflation bei knapp 3 Prozent. Der Versuch von Bundesregierung und Koalition, allein weltwirtschaftliche Faktoren verantwortlich zu machen, ist ein Ablenkungsmanöver. Die wesentlichen Ursachen von Wachstumschwäche, Inflation und Beschäftigungsrückgang sind hausgemacht. Der Preistreiber Nr. 1 ist die Ökosteuer.

Familienförderung

„Ankündigung: Bundesliga. Umsetzung: Kreisliga.“ Das ist das traurige

KOMMUNALWAHLEN

CDU erfolgreich

Die CDU bleibt in Sachsens Kommunen stärkste Kraft. In 14 von 18 Landkreisen setzten sich auf Anhieb die Kandidaten der CDU durch. In Dresden wie in Hoyerswerda, Zwickau und 51 anderen Gemeinden kommt es zu Stichwahlen.

Triumph auch bei den rheinland-pfälzischen Bürgermeister-Wahlen. 14 der 26 CDU-Bewerber gewannen im ersten Wahlgang. Im flächenmäßig drittgrößten Landkreis Mayen-Koblenz wurde Albert Berg-Winters mit 64,1 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt.

Fazit der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Prof. **Dr. Maria Böhmer** zu den bildungspolitischen Maßnahmen von Rot-Grün. Von geplanten 30 DM mehr pro Kind bleiben im Schnitt aber nur rd. 23 DM übrig. Berücksichtigt man Erhöhungen und Streichungen echter familienpolitischer Leistungen bleiben von 5,9 Mrd. DM Kindergelderhöhung nur noch 4,6 Mrd. DM übrig. Für die Union ist diese Kindergelderhöhung zwar ein positiver Schritt, aber völlig unzureichend. Damit werden die hohen wirtschaftlichen Belastungen, die mit der Kindererziehung verbunden sind, überhaupt nicht aufgefangen. Besonders schmerzlich ist, dass es keine zusätzlichen Kindergelderhöhungen für Eltern mit 3, 4 oder mehr Kindern gibt und die steuerliche Förderung von Haushaltshilfen wegfällt.

Energiepolitik

Mit dem Rot-Grünen „Atomkonsens“ gibt Deutschland seine Energieversorgung auf und gefährdet seine nationale Energiesicherheit. Für den Atomausstieg gibt es weder fachliche, sachliche, wirtschaftliche noch finanzielle Gründe. Er

schadet dem Wirtschafts- und Technologiestandort Deutschland. Besonders bedauerlich: Deutschland steigt somit aus der aktiven Klimaschutzpolitik aus. Zur kohlendioxidfreien Energieerzeugung gibt es gegenwärtig keine Alternative. Der Fraktionsvorsitzende **Friedrich Merz** kündigt deshalb an, dass die Kernenergieaustiegs-Vereinbarung der Regierung Schröder nach einem Regierungswechsel rückgängig gemacht wird.

Protokoll-Affäre

Durch die Veröffentlichung des Protokolls des Arbeitsgesprächs zwischen US-Präsident George W. Bush und Bundeskanzler Gerhard Schröder und das chaotische Krisenmanage-

ment der Bundesregierung verliert die deutsche Außenpolitik immer mehr an internationalem Ansehen. Warum wurde das Protokoll mit der niedrigsten Geheimhaltungsstufe sowie mit einem großen Verteiler versehen? Wie erklärt die Bundesregierung die Inhalte des Protokolls? Wie beurteilt die Bundesregierung ihr eigenes Krisenmanagement und den entstandenen außenpolitischen Schaden? Fragen, auf die der Außenminister und der Kanzler nur ausweichende Antworten gegeben haben. Deshalb fordert der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, **Karl Lamers**, den Kanzler auf, über personalpolitische Konsequenzen in außenpolitischen Schlüsselpositionen nachzudenken.

Bestellschein

- Außenwerbemittel -

--	--	--	--

Kreisverbands-Nr.

CDU-Bundesgeschäftsstelle
 HA Öffentlichkeitsarbeit
 Klingelhöferstraße 8
 10785 Berlin

Fax: 0 30-2 20 70-3 89

CDU-Verband

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Tel.-Nr.

Menge	Artikel	Einzelpreis	Gesamtpreis
	CDU-Schaukasten , wetterfeste Ausführung aus Aluminium mit magnethaftender Rückwand, Außenmaße: 100,7 cm x 85,7 cm x 7 cm	485,00 DM	
	- Ständergarnitur	175,00 DM	
	- Beleuchtungsgarnitur	100,00 DM	
	Mastanhänger , DIN A1, komplett, Preis bis 500 Expl.	17,95 DM	
	Preis ab 501 Expl.	16,50 DM	
	Ersatz Pappträgerplatte	2,50 DM	
	Ersatz-PE-Hülle mit Stäben	3,00 DM	
	Schnellspannband, für Mastanhänger	0,70 DM	
	Klebeband (glasfaserverstärkt), 50 m	4,00 DM	
	Dachständer , DIN A1, ohne Scheiben	64,00 DM	
	DIN A1, mit Scheiben	110,00 DM	
	DIN A0, ohne Scheiben	84,00 DM	
	DIN A0, mit Scheiben	160,00 DM	
	Einzelstellfläche , DIN A1	25,00 DM	
	DIN A0	34,00 DM	
	Dreieckständer , DIN A1, Höhe 1,39 m ohne PVC-Scheiben	113,00 DM	
	mit PVC-Scheiben	133,00 DM	
	Dreieckständer , DIN A1, Höhe 1,62 m ohne PVC-Scheiben	119,00 DM	
	mit PVC-Scheiben	139,00 DM	
	Dreieckständer , DIN A0, Höhe 1,62 m ohne PVC-Scheiben	148,00 DM	
	mit PVC-Scheiben	180,00 DM	

Die Berechnung und Lieferung dieser Bestellung erfolgt durch den jeweiligen Hersteller. Alle genannten Preise verstehen sich zzgl. MwSt. und Frachtkosten

Datum

Unterschrift

■ KONZEPTE ■ KOMPETENZ ■ KLARHEIT

Werte **ACHTEN.****Chancen NUTZEN.**

Bio- und Gentechnik

3

CDU**Broschüre Bio- und Gentechnik (DIN A5)**Positionspapier der CDU Deutschlands
„Für einen verantwortbaren Fortschritt
der Bio- und Gentechnik“

Bestell-Nr.: 5741

25 Expl.: 23,00 DM (11,76 EURO)

Faltblatt (DIN A4)

„Ehrenamt – CDU-Bürgerpreis“

Bestell-Nr.: 2747

20 Expl.: 11,00 DM (5,62 EURO)

**Freiwillig IST UNBEZAHLBAR!**


Der CDU-Bürgerpreis: Wir suchen die Ehrenamtlichen des Jahres.

machen
BÜRGER  STAAT

**Eine AKTION DER CDU ZUM
»INTERNATIONALEN JAHR DER
FREIWILLIGEN« 2001**

Aktionsleitfaden

**CDU**

machen
BÜRGER  STAAT

Eine Aktion der CDU zum
„Internationalen Jahr der Freiwilligen“ 2001

CDU**Aktionsleitfaden Ehrenamt (DIN A4)**

„Bürger machen Staat“

Bestell-Nr.: 4711

20 Expl.: 28,00 DM (14,32 EURO)



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



Freiwillig IST UNBEZAHLBAR!

Der CDU-Bürgerpreis: Wir suchen die Ehrenamtlichen des Jahres.

BÜRGER  **STAAT**

Teilnahmeunterlagen gibt's bis zum 30. Juni in Ihrer CDU-Geschäftsstelle
oder im Internet: www.buerger-machen-staat.de.

Wandzeitung „Bürger machen Staat“ für Ihren Schaukasten oder Infostand. Sie können von allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellt werden.